

DR-Kongo 2017/18

Überblick

Die Menschenrechtslage verschlechterte sich weiter. Die Gewalt in der Region Kasai hatte Tausende Tote und mindestens 1.000.000 Binnenvertriebene zur Folge und veranlasste mehr als 35000 Personen, in das benachbarte Angola zu fliehen. Im Osten des Landes gingen bewaffnete Gruppen und die Regierungsstreitkräfte gegen Zivilpersonen vor und beteiligten sich an der rechtswidrigen Ausbeutung von Bodenschätzen, ohne strafrechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Polizei, Geheimdienste und Gerichte unterdrückten nach wie vor die Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Menschenrechtsverteidiger und Journalisten wurden schikaniert, eingeschüchtert, willkürlich festgenommen, des Landes verwiesen oder getötet.

HINTERGRUND

Präsident Joseph Kabila verblieb im Amt, obwohl seine verfassungsgemäße zweite Amtszeit am 19. Dezember 2016 zu Ende gegangen war.

Die im Jahr 2016 nach der Ermordung des traditionellen Anführers Kamuena Nsapu ausgebrochene Gewalt griff auf fünf Provinzen über und löste eine beispiellose humanitäre Krise aus. Im Osten intensivierten mehrere bewaffnete Gruppen ihre Angriffe, um Präsident Kabila aus dem Amt zu jagen. Weder die Sicherheitskräfte der DR Kongo noch die UN-Friedensmission für die Stabilisierung in der DR Kongo (MONUSCO) waren in der Lage, die Auseinandersetzungen zu beenden und die mehr als 40 noch aktiven lokalen oder ausländischen bewaffneten Gruppen in Schach zu halten.

Die jährliche Inflationsrate stieg im Jahr 2017 um ungefähr 50 % und trug zur Vergrößerung der Armut bei. Es kam zu Streiks, bei denen Gehaltserhöhungen für Lehrkräfte, Universitätsprofessoren, Ärzte, Krankenpflegepersonal und öffentliche Angestellte gefordert wurden. Mindestens 24000 Menschen waren von einer Choleraepidemie betroffen; zwischen Januar und September 2017 starben mehr als 500 Personen an dieser Krankheit.

RECHT AUF FREIE MEINUNGSÄUßERUNG

Die Pressefreiheit und das Informationsrecht waren eingeschränkt. Im August 2017 erteilte die Aufsichtsbehörde für das Post- und Fernmeldewesen den Telekommunikationsunternehmen Anweisung, die Nutzungsmöglichkeiten der sozialen Medien rigoros einzuschränken.

RECHT AUF VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Die Behörden verboten und unterdrückten weiterhin die öffentliche Bekundung abweichender Meinungen sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Opposition organisierte friedliche Versammlungen, insbesondere Protestkundgebungen, die die politische Krise und die Wahlen betrafen. Friedlich Protestierende, die die Opposition unterstützten, wurden von den Sicherheitskräften eingeschüchtert, schikaniert und festgenommen.

EXZESSIVE GEWALTANWENDUNG

Gegen Kundgebungen, die nicht von Regierungsanhängern organisiert worden waren, gingen die Sicherheitskräfte häufig mit exzessiver und manchmal tödlicher Gewalt vor.

MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER

Menschenrechtsverteidiger und politisch engagierte Jugendliche wurden von den Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen wegen ihrer Tätigkeit angegriffen. Zu ihnen gehörten Alex Tsongo Sikuliwako und Alphonse Kalyamba, die in der Provinz Nordkivu getötet wurden.

KONFLIKT IN DER REGION KASAI

Die im Jahr 2016 in der Region Kasai ausgebrochene Gewalt griff auf fünf Provinzen über und hinterließ Tausende Tote. Am 25. September 2017 wurden eine Million Binnenvertriebene gezählt,

außerdem kam es zu einer massiven Zerstörung öffentlicher Infrastruktureinrichtungen und zahlreicher Dörfer.

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN DURCH SICHERHEITSKRÄFTE

Die kongolesische Polizei und Armee waren für Hunderte außergerichtliche Hinrichtungen, Vergewaltigungen, willkürliche Festnahmen und Erpressungen verantwortlich.

Im Juni 2017 beschloss der UN-Menschenrechtsrat gegen den Einspruch der Regierung der DR Kongo, eine unabhängige internationale Expertengruppe zur Untersuchung der schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in der Region Kasai in die DR Kongo zu entsenden.

KONFLIKT IM OSTEN DER DR KONGO

Die chronische Instabilität und der andauernde Konflikt trugen weiterhin zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen und -verstößen bei.

In der Provinz Tanganyika stieg die Zahl der Binnenvertriebenen auf 500000 an. Trotz der weiterhin angespannten Sicherheitslage fuhren die Behörden damit fort, die Lager für Binnenvertriebene im Umkreis der Stadt Kalemie zu schließen und zwangen damit die Vertriebenen, in ihre Dörfer zurückzukehren oder ein Leben unter noch schlechteren Bedingungen zu führen.

HAFTBEDINGUNGEN

In allen Teilen des Landes kam es zu einer noch nie dagewesenen Anzahl von Gefängnisausbrüchen. Tausende Gefangene entkamen und zahlreiche weitere starben. Die Gefängnisse waren überbelegt und die Haftbedingungen weiterhin katastrophal. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser war unzureichend und die Gesundheitsfürsorge mangelhaft. Zahlreiche Gefangene verhungerten oder fielen Krankheiten zum Opfer.